

„Doofe“ Atom-Politik der CDU

Die Horber Parteibasis beklagt Fehler auf Bundes- und Landesebene – sie fordert inhaltliche Reformen

Im Jahr des Machtverlusts in Baden-Württemberg haben landespolitische Themen die Mitgliederversammlung des Horber CDU-Stadtverbands dominiert. Die Basis artikulierte inhaltlichen und persönlichen Erneuerungsbedarf.

ANDREAS ELLINGER

Horb. „Die Fülle der Entscheidungen gegen das Volk... – das kann nicht gutgehen“, sagte Erich Jung, der ehemalige Fraktions-Chef der Horber CDU-Gemeinderatsfraktion am Donnerstagabend im Gasthaus „Schiff“. Er bezog sich auf den Ausstieg aus dem Atomausstieg, das Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge für die Krankenversicherung zu Lasten der Arbeitnehmer, die Einführung des 8-jährigen Gymnasiums und auf die Hauptschulreform, die viele Gemeinden ihre eigenständige Schule gekostet habe. Auch der frühere Staatssekretär Norbert Schneider ärgerte sich: „Mir ist es heute noch ein Rätsel, wer auf die blöde Idee gekommen ist, die Laufzeit von Kern-

kraftwerken zu verlängern“, nachdem sich die Vorgänger-Regierung bereits mit der Wirtschaft auf den Ausstieg geeinigt gehabt habe. „Wenn sowas passiert, dann verliert man Wahlen.“ Der Gast der Horber CDU, der stellvertretende Landesvorsitzende Thorsten Frei, schloss sich an: „Es ist doof, ein Thema politisch aufzuwärmen, das der politische Mitbewerber schon abgeräumt hat. Und es wäre mir neu, wenn in der CDU eine Mehrheit für die Atomkraft wäre...“

Der Konflikt um das Bahnbauprojekt „Stuttgart 21“ samt des Wasserwerfer-Einsatzes gegen Demonstranten sowie das Auftreten von Ministerpräsident Stefan Mappus taten ein Übriges, um der CDU eine Wahlniederlage beizubringen, wie aus dem Bericht des Stadtverbands-Vorsitzenden Thomas Kreidler hervorging. „Die Nerven von Herrn Mappus haben blankgelegt“, bestätigte Erich Jung und nannte den Zoff des damaligen Landes-Chefs mit Umweltminister Norbert Röttgen und mit Stuttgarts Oberbürgermeister Wolfgang Schuster als Beispiele. „CDU-nahe Leute, teilweise sogar Mitglieder,

haben vor der Wahl gesagt, sie könnten Mappus nicht wählen“, berichtete Thomas Kreidler, der als Zweitkandidat in den Wahlkampf gezogen war. „Das Bisschen, das uns gefehlt hat, kann man an Herrn Mappus festmachen.“

39 Prozent für die CDU – „das war gar nicht so wenig“, betonte Kreidler. Am selben Tag sei in Rheinland-Pfalz der Ministerpräsident Kurt Beck mit 36 Prozent wiedergewählt worden. „Wir müssen uns Optionen erarbeiten, dass wir mit 39 Prozent nicht grundsätzlich von der Regierung ausgeschlossen sind“, sagte Landes-Vize Frei. Es gelte die Koalitions-Möglichkeiten zu erweitern, forderte Norbert Schneider – „nur mit der kranken FDP, die nur Stimmungs politik macht, das ist zu wenig“.

Rolf Weber vom Arbeitnehmerflügel der CDU: „Wenn ich immer nach der Stimmung Politik betriebe, dann darf ich mich nicht wundern, wenn es viele Stimmwähler gibt.“ Unter diesem Aspekt kritisierte er die programmatische 180-Grad-Wende der CDU nach dem japanischen Atom-Unglück. Die Glaubwürdigkeit der Partei wä-

re ihm wichtiger gewesen, als ein möglicher Wahlerfolg durch einen Positions-Wechsel: „Man darf auch mal eine Wahl verlieren.“ Bekanntlich ist es trotz atompolitischer Kehrtwende so gekommen. Ein Stück weit sei die Niederlage vielleicht auch der Erschöpfung geschuldet gewesen, meinte Frei – nach 58 Jahren an der Regierung.

Der Stadtverbands-Vorsitzende Thomas Kreidler hofft, dass „Grüne und SPD diese Wahlperiode durchhalten, weil wir die fünf Jahren brauchen, um uns neu aufzustellen“. Es gelte die Partei „grundsätzlich zu reformieren, um sie inhaltlich und personell glaubwürdig zu machen“, erklärte Thorsten Frei. Nach Thomas Kreidlers Beobachtung rennt die Landtagsfraktion bisher „ein Stück weit den Grünen hinterher – aber das glauben uns die Bürger nicht“. Die CDU müsse sich wieder auf ihre Wirtschaftskompetenz besinnen. Und Norbert Schneider war es schon im Wahlkampf unbegreiflich, „wie wir das Thema Bildungspolitik aus der Hand gegeben haben“.

Thomas Frei, der als Donaueschinger Oberbürgermeister in ers-

ter Linie Kommunalpolitiker ist, will, dass die Mitglieder stärker an Entscheidungen beteiligt werden. Es sei richtig, dass die Horber CDU drei Arbeitskreise zu den Themen Verkehr und Struktur, Familie und Soziales sowie Umwelt und erneuerbare Energien eingerichtet habe. „Wir müssen im Kleinen beweisen, dass wir es können.“ Der Stadtverbandsvorsitzende denkt sogar darüber nach, diese Arbeitskreise für Nichtmitglieder zu öffnen. Die Parteipolitik müsse öffentlich und damit transparent gemacht werden.

Diese Richtung haben er und die Kreisvorsitzende Prof. Dr. Conny Mayer-Bonde bereits vor der Landtagswahl eingeschlagen. Die CDU im Kreis habe landesweit am meisten zugelegt, berichtete Thomas Kreidler – in Horb um 7,5 Prozent.

Die Partei insgesamt habe in den vergangenen 10 bis 15 Jahren aber nicht ausreichend auf gesellschaftliche Veränderungen reagiert, meinte Erich Jung. Norbert Schneider forderte eine Politik ein, die es jungen Paaren erleichtert, „Familie und Beruf zusammenzubringen“.

Info Siehe auch die 6. Lokalseite